

Wider das eindimensionale machtstrategische Denken

Autor(en): **Joris, Elisabeth**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **74 (1996)**

Heft 1

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341235>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wider das eindimensionale machtstrategische Denken

Zwar bin ich mit einigen der von Peter Bodenmann und André Daguët formulierten Thesen einverstanden, doch werde ich mich in meiner äusserst kurzfristig formulierten Antwort auf einige kritische Anmerkungen beschränken. Ich möchte vor allem auf das einseitige Verständnis von Politik der beiden Autoren eingehen, das sich im Manko an Sensibilität für grundlegende geschlechterspezifische Differenzierungen und in der gleichzeitig äusserst lehrerhaften Attitüde zeigt.

Elisabeth Joris

Seit rund 25 Jahren unterrichte ich als Historikerin an einer Mittelschule, hüte mich dabei aber tunlichst, mit dem ominösen Satz „Die Geschichte lehrt, ...“ irgend etwas beweisen zu wollen. Vielmehr betone ich die Tatsache, dass die Geschichte im Kampf um die Macht immer wieder als unerschöpfliche Fundgrube für verschiedenste Argumente dient, um die eigene Position und die Unumstösslichkeit der eigenen Beweisführung zu unterstreichen. Und dieser Technik bedienen sich auch die Autoren sowohl implizit wie explizit, um die Einbindung aller linker (und wohl auch feministischer?) parteipolitischen Kräfte in die SP als einzig vernünftige Lösung zu präsentieren.

Geschichtliche ebenso wie heutige Realitäten sind jedoch weit vielschichtiger und weniger rational zu erfassen, als dies die beiden Autoren tun. Ihnen fehlt vielmehr gerade die Sensibilität für alles, was nicht ins Schema herkömmlicher Interessengegensätze und des herrschenden Machtkalküls passt. Unsicherheiten, Grautöne oder

gar tastendes Annähern an verschiedene Lösungsansätze gibt es bei ihnen nicht. Klare Interessengegensätze verlangen klare Antworten. In ihrem Sinne heisst Offenheit Europa, und Europa heisst EU. Ohne die Beitrittsfrage hier abhandeln zu wollen, wären doch auch gewisse Ambiguitäten auszumachen. Und was wissen die Autoren denn schon, was eine Mehrzahl von Frauen „vorab“ – um das x-fach gebrauchte Wort hier mal aufzugreifen – und überhaupt in ihrer breiten Vielfalt und Unterschiedlichkeit betrifft. Solange die Auseinandersetzung um das geschlechtshierarchische Machtgefälle nicht auch auf einer gesellschaftstheoretischen Ebene geführt wird, erweist sich die von den Autoren aufgeführte Forderung nach Aufhebung der Unterschiede zwischen den Geschlechtern als rein oberflächlich übernommene feministische Formel ohne tieferen Realitätsgehalt. Eine Auseinandersetzung mit den vom 5. Frauenkongress verabschiedeten, gesellschaftspolitischen Forderungen oder mit den Erkenntnissen der am NGO-Forum in Peking engagiert argumentierenden feministischen Ökonomen würde hier vielleicht doch etwas weiterführen.

Die Realität sieht jedoch anders aus. Machtstrategische Diskussionen im Bereich von Ökonomie und Politik führen in der Schweiz – in der Linken genauso wie in Parteien der Mitte und der Rechten – vor allem Männer. Damit setzt sich auch eine eindimensionale Männersicht durch, selbst wenn von Frauen gesprochen wird. Die Auseinandersetzungen um das „Weissbuch“ von de Pury und Co. sind symptomatisch. Die Autoren sind Männer, und die

**Es wäre eine
Respektierung
jener Organisa-
tionen und Bewe-
gungen ange-
bracht, denen
die SP ihre öko-
logischen und
feministischen
Argumente weit-
gehend verdankt.**

Kontrahenten sind Männer. Frauen kommen sprachlich nicht vor, sind aber in hohem Masse betroffen. Globalisierung des Marktes, Konkurrenz, Flexibilität, Mobilität, Privatisierung, um nur einige aufgeworfene Brocken zu nennen, implizieren für viele Frauen eine ganz andere Realität als für die meisten Männer. Mobilität heisst die einmal beschlossene Teilung von Haus- und Erziehungsarbeit wieder aufgeben, oder auf eigene Karrieremöglichkeiten verzichten, oder als familiäres Hinterland des Mannes sich und die Kinder in immer neue soziale Umfelder integrieren, oder zurückbleiben und die Kontinuität der Familie sichern, oder ohne rechtlichen Schutz als Immigrantin staatlicher und männlicher Willkür und/oder sexistischer Ausbeutung ausgeliefert sein. Privatisierung heisst in einer Welt, in der Männer über fast das gesamte Vermögen verfügen, für schon mächtige Männer noch mehr Zuwachs an Macht, Verfügungsgewalt und Geld. Für Frauen heisst Privatisierung im Bereich des Sozialen nicht nur Verlust an Rechtsansprüchen, sondern in der Regel eine Zunahme an Belastungen, an unentgeltlich zu leistender Arbeit und ein Verlust an frauenspezifischen Arbeitsplätzen. Statt nur der Steigerung der Produktivität das Wort zu reden, wäre es auch ein grundlegenderes Nachdenken wert, ob Rationalisierungen in einer geschlechtshierarchischen Arbeitswelt nicht grundsätzlich in stärkerem Masse Frauen betrifft, da diese als schlechter entlohnte Arbeitskräfte weit häufiger arbeitsintensive Tätigkeiten verrichten, qualifizierende Weiterbildung, die Beherrschung der prestigereichen Neuinvestitionen im Bereich der Technik und Informatik und die Besetzung von Kaderpositionen dagegen vor allem Männern vorbehalten sind. Auf solche Fragen gehen die Autoren nicht ein. Schliesslich scheinen sie schlicht zu vergessen, dass eine der weltweit unentbehrlichsten Ressourcen der Wirtschaft weiterhin die – meistens von Frauen – unentgeltlich geleistete Arbeit

ist. Und so bleibt trotz der vorgegebenen Klarheit völlig im Dunkeln, wie sie sich die eingeforderte gerechtere Verteilung der Arbeit vorstellen, wenn die unbezahlte Haus-, Erziehungs- und Sozialarbeit nicht als grundlegender Faktor des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems reflektiert wird. Und damit zusammenhängend ist auch die Frage nach der gerechteren Verteilung von Einkommen und Vermögen ohne Erörterung der Geschlechterverhältnisse nicht lösbar.

So wünsche ich mir für eine weiterführende Diskussion innerhalb der Linken nicht einfach eine über alle Zweifel erhabene Selbstdarstellung. Etwas mehr kritische Distanz zum eigenen Erfolg, etwas weniger Noten verteilen an andere und mehr als nur ein geschlechterspezifisches Blinzeln! Statt eine mehr als deutliche Aufforderung an alle linken Kräfte, sich der SP unterzuordnen, wäre doch eine Respektierung jener Organisationen und Bewegungen angebracht, denen die SP ihre ökologischen und feministischen Argumente weitgehend verdankt. Gerade Feministinnen konnten ihre Ideen und ihre theoretischen Ansätze nur deshalb entwickeln, weil sie keiner männerdominierten Organisation mit traditionellen Strukturen – wie es die SP nun einmal ist – Rechenschaft schuldig waren. Auch die Feministinnen innerhalb der SP erhalten für die Entwicklung ihrer Forderungen kaum Anstösse von innen, sondern durch Kontakte mit Frauen, die in frauenzentrierten und feministischen Organisationen und Projekten eingebunden sind. Eine nicht von Konkurrenz und wahlstrategischem Kalkül beherrschte Diskussion und punktuelle Zusammenarbeit, ohne erzwungene Harmonisierung zwischen verschiedenen Bewegungen und Organisationen, könnte längerfristig für eine Stärkung der Linken von grösserem Nutzen sein, mehr kreatives Potential freisetzen und flexiblere Handlungsräume schaffen als ein Zusammenschluss.

Ich möchte meine Ausführungen mit der kritischen Frage beenden, woher die Autoren ihre sicheren Kenntnisse über die angeblich „kleiner werdende Zahl von Aktivistinnen“ beziehen, denen „das Schwergewicht der Arbeit ... durch die Institutionalisierung der Frauenpolitik nicht unbedingt erleichtert“ werde. Beschwerlich ist Frauenarbeit oft deshalb, weil sie allen Beteuerungen zum Trotz immer wieder marginalisiert wird und sich weiterhin zu legitimieren hat, während Männer jedwelter politischer Schattierung sich kaum

gemässigt sehen, sich mit theoretischen Grundproblemen der Geschlechterverhältnisse – hier und weltweit – auseinandersetzen zu müssen.

Elisabeth Joris, Historikerin, Mitherausgeberin der Zeitschrift „Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik“, Autorin der grundlegenden Werke wie „Frauengeschichte(n)“, „Brave Frauen – aufmüpfige Weiber“ (beide gemeinsam mit Heidi Witzig).

Attraktivität als Chance

Parteilich gibt es links als Machtfaktor nur mehr die SPS. Dies zeigen die Wahlergebnisse der letzten Jahre. Und dass es daran wohl auf absehbare Zeit nichts zu rütteln geben wird, machen mir die eher dürftigen Diskussionsversu-

Barbara Haering

che links der SP deutlich. Diese Tatsache verpflichtet uns vor allem, argumentativ noch fundierter zu werden und gleichzeitig den Zusammenhalt innerhalb der linken Bewegung durch konkrete und gemeinsame politische Arbeit zu stärken. Nur so werden wir die gewonnene Macht intelligent und effizient in linke Politik umsetzen können.

Ich erinnere mich an meine 1. Mai-Rede unmittelbar nach der Wende in Mittel- und Osteuropa. Die Hausaufgabe schien mir

klar: Nach dem Zusammenbruch des (wie auch immer) real existierenden Sozialismus musste es nun darum gehen, für die Linke eine neue gesamtgesellschaftliche Utopie zu erarbeiten, um damit unserer Politik eine neue Perspektive zu geben. Folgerichtig hat dann auch die SPS eine Grundwertekommission eingesetzt. Heute konstatiere ich: Wir sind an dieser Aufgabe vorläufig gescheitert und auch die entsprechende Kommission ist irgendwann einmal eingeschlafen...

Wichtiges haben wir hingegen erreicht: In zentralen Politikfeldern verfügen wir nach intensiven Konzeptarbeiten über konkrete Ziele für die kommenden Jahre – Ziele und Strategien, deren politische Umsetzungsmöglichkeiten zudem durch grosses Fachwissen und Expertisen abgesichert sind. Ich selber habe mich in einem Ausmass mit den militärtechnokratischen